

Rede der Bürgermeisterin zur Einbringung des städtischen Haushalts für das Jahr 2024

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrte Mitglieder des Stadtrates,
liebe Wipperfürtherinnen und Wipperfürther,

2023 hat viele Herausforderungen für uns bereitgehalten.
Einen Haushalt aufzustellen, ist schon in normalen Zeiten keine leichte Aufgabe.
Er soll der Vielzahl kommunaler Aufgaben und Anforderungen gerecht werden Investitionen in die Zukunft unserer Stadt ermöglichen und im Ergebnis ausgeglichen sein.
Und das bei steigenden Umlagen, einer hohen Inflationsrate, stark gestiegenen Zinsen und den sich eintrübenden konjunkturellen Aussichten.

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2024 ist daher das Ergebnis eines sehr intensiven Planungs- und Abwägungsprozesses, der den finanziellen Möglichkeiten und Handlungsspielräumen Rechnung trägt, der aber vor allem versucht die Frage zu beantworten:

Wie werden wir unserer Stadt und den Bürgerinnen und Bürgern am besten gerecht mit dem finanziellen Spielraum, den wir haben? Gemeinsam sind wir dazu aufgerufen für das Jahr 2024 kluge Weichenstellungen für die Zukunft unserer Stadt vorzunehmen. Die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten belasten uns alle und viele Schutz- und Hilfesuchende kommen weiter zu uns.

Bis heute haben wir seit 2022 fast 600 Menschen - aktueller Stand: **585** - aufgenommen. Weitere Zuweisungen sind angekündigt. Gerade die Unterbringung stellt uns als Stadtverwaltung – wie viele andere Kommunen auch – vor enorme Herausforderungen.

Wir fahren da wirklich auf Sicht. Es ist eine große Belastung besonders für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialamt nicht zu wissen, wo die Menschen, die zu uns kommen, untergebracht werden können.

Es ist ein ständiger Prozess mit Umverteilungen und der Suche nach neuen Unterbringungsmöglichkeiten, der uns immer wieder aufs Neue an unsere Grenzen bringt.

Ich danke den Kolleginnen und Kollegen sehr herzlich für Ihren unermüdlichen Einsatz und Ihr Engagement.

Nach wie vor bin ich sehr froh über die Solidarität, Hilfsbereitschaft und Unterstützung hier in der Stadt. Das macht Mut und gibt Zuversicht.

Es ist eine große Erleichterung zu wissen, wie gut unsere Netzwerke auch in Krisenzeiten tragen.

Eine besondere Herausforderung in den nächsten Jahren sind auch unsere städtischen Gebäude. Dazu zählen u.a. auch Schwimmbad, welches in den letzten Monaten zu Recht zu viel Diskussionen geführt hat. Gerne möchte ich uns heute noch mal auf den aktuellen Stand bringen:

Im Kinderplanschbecken ist der glasfaserverstärkte Kunststoff großflächig abgeschliffen und wiederaufgebaut worden. Gleichzeitig sind Undichtigkeiten im Becken und den darunterliegenden Wasserleitungen beseitigt worden. Das Becken kann ab sofort wieder uneingeschränkt genutzt werden.

Auch die beiden Sprungtürme sind instandgesetzt worden. Sie können noch nicht freigegeben werden, da sich am 1-Meter-Podest die Fliesen am Bodenbelag gelöst haben. Sie werden durch eine glasfaserverstärkte Kunststoff -Platte ersetzt. Die Platte wird voraussichtlich Ende Januar 2024 geliefert. Die Montage der Platte kann im laufenden Badbetrieb erfolgen. Nach erfolgtem Einbau können die Sprungtürme genutzt werden.

Auch die finnische Sauna im Innenbereich steht zusätzlich zur Außensauna wieder zur Verfügung. Aber leider kann das Bad krankheitsbedingt voraussichtlich erst morgen wieder öffnen.

Insgesamt 75 Gebäude betreut unser Gebäudemanagement. Dazu zählen Verwaltungsgebäude, 6 Grundschulstandorte, die Hauptschule, die Realschule, das städt. Gymnasium, die Turnhallen, 2 Kindergärten, Feuerwehrrätehäuser, die Voss-Arena. Sowie die Friedhofshalle auf dem Westfriedhof, dessen Kapellendach gerade saniert wurde. Viele Gebäude stammen aus den 70er Jahren oder sind noch älter, wie das Rathaus aus den 50ern. Fast alle haben einen hohen Sanierungsbedarf. Dies ist mit hohen Kosten und viel Aufwand verbunden und eine große Aufgabe für die nächsten Jahre.

Einige Schritte auf diesem langen Weg haben wir in diesem Jahr gemacht. Anfang des Jahres haben wir die Aula der Hauptschule energetisch saniert. Sie steht jetzt wieder für Veranstaltungen und Proben der Musikschule zu Verfügung und wird sehr gut angenommen.

Am Schulzentrum auf dem Mühlenberg ist in diesem Jahr ein Ersatzneubau mit 76 Raumcontainern errichtet worden. Für eine Übergangszeit von fünf Jahren werden die 14 Klassenräume von der Hermann-Voss-Realschule genutzt. Das gibt uns den Freiraum weiter zu planen. Ein zusätzlicher Klassenraum wurde an der Grundschule in Kreuzberg eingerichtet. An der Nikolausschule ist eine neue Toilettenanlage installiert.

Auch Brandschutz bleibt ein großes Thema: Es wurden Brandschutzmaßnahmen auf den Weg gebracht, wie der Rettungsturm in der Flüchtlingsunterkunft Bahnstraße, 2 Rettungswege an der Grundschule Agathaberg und zwei Rettungstürme als Sofortmaßnahme an der Realschule.

Für das Gebäudemanagement ist für das Haushaltsjahr 24 eine Investitionsplanung in Höhe von 15 Millionen vorgesehen. Darin enthalten sind Investitionen in die weiterfüh-

renden Schulen, in die Grundschulen, in die Verwaltungsgebäude, in Kindergärten, in Flüchtlingsunterkünften und in Turn-/Sporthallen sowie Sportstätten.

Ein großes Projekt der nächsten Jahre und Jahrzehnte wird die Entwicklung der Schullandschaft sein. Nach intensiven Vorarbeiten liegen nun die Untersuchungen und ersten Pläne durch das Projektbüro Concept K vor. Sie sind bereits in den verschiedenen Ausschüssen vorgestellt worden und auch heute hier in der Ratssitzung ein großes Thema, das die Weichen für die Zukunft stellt.

Ich freue mich sehr, dass die Planungen vorangehen und wir auf einem guten Weg sind die Schullandschaft weiter zu entwickeln und an moderne Erfordernisse und pädagogische Konzepte anzupassen. Darin enthalten wird auch der für 2026 angekündigte Rechtsanspruch auf ein Ganztagsangebot für alle Schülerinnen und Schüler in den Schulen sein. Das heißt: die Kommunen, so auch Wipperfürth werden mehr Plätze zur Verfügung stellen müssen. Die Fördersumme, die Wipperfürth zur Erfüllung des Rechtsanspruchs OGS zur Verfügung steht beträgt insgesamt 751.000 Euro. Diese Mittel müssen jetzt für die OGS-Maßnahme in Wipperfeld und die noch anstehenden Maßnahmen an den einzelnen Standorten von uns beantragt werden. Aber sicher ist heute schon, dass diese Fördersumme nicht die tatsächlichen Kosten decken wird.

Neben dem bestehenden Rechtsanspruch auf einen Platz in der Offenen Ganztagschule (OGS) stehen wir auch vor Herausforderungen in der Betreuung im Kindergarten. In den vergangenen drei Jahren haben wir erfolgreich Maßnahmen ergriffen, um dieser Herausforderung zu begegnen. Mit Stolz können wir verkünden, dass wir insgesamt 30 neue Betreuungsplätze geschaffen haben. Ein wichtiger Beitrag dazu kam durch den Anbau unseres Kindergartens an der Neye zustande. Darüber hinaus wurden auch im AWO Kindergarten in Kupferberg und im Don Bosco Kindergarten neue Räumlichkeiten geschaffen.

Ein besonderer Dank gilt den Trägern dieser Einrichtungen. Ihre Investitionen in die Zukunft unserer Stadt sind von unschätzbarem Wert. Diese Unterstützung ermöglicht es uns, den Bedürfnissen unserer Kinder und ihren Familien gerecht zu werden und gleichzeitig die Qualität der Kinderbetreuung weiter zu verbessern. Vielen Dank an alle, die an diesem Erfolg beteiligt waren, und ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit im Sinne unserer Kinder und ihrer Familien.

Wie ich bereits erwähnt habe, sind nicht nur unsere Schulgebäude, sondern auch die Turnhallen, wie so vieles andere, in die Jahre gekommen. Gemeinsam haben wir im Juni• beschlossen, die Turnhalle in Wipperfeld zu ertüchtigen und in eine Versammlungsstätte umzubauen. Dieser Beschluss war jedoch vorbehaltlich des Zustandekommens eines Vertrages mit dem noch einzurichtenden Förderverein und der Förderung durch LEADER. Der erste Kostenrahmen wurde Anfang 2023 auf 665.000 € geschätzt. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass der Förderverein erfolgreich gegründet wurde und LEADER die grundsätzliche Förderfähigkeit des Projekts bestätigt hat.

Dies ist ein erster wichtiger Schritt, um die Turnhalle zu einem lebendigen und multifunktionalen Ort für die Gemeinschaft umzugestalten. Dieses Projekt verdeutlicht, wie wichtig es ist, dass Politik, Verwaltung und die Menschen vor Ort miteinander in den

Dialog treten. Nur durch eine gemeinsame Anstrengung können wir solche Projekte erfolgreich umsetzen. An dieser Stelle möchte ich ein herzliches Dankeschön an die engagierten Bürgerinnen und Bürger von Wipperfeld aussprechen, die sich ehrenamtlich für dieses Vorhaben einsetzen.

Das Engagement der Gemeinschaft zeigt, dass wir, wenn wir zusammenarbeiten, in der Lage sind, wichtige Projekte zu realisieren, die das Gemeinwohl fördern. Die Turnhalle wird nicht nur saniert, sondern auch zu einem Ort des sozialen Miteinanders, der Bildung und der Freizeitgestaltung für unsere Bürgerinnen und Bürger. Die Förderung von Kinder-, Jugend- und Familienprojekten ist eine Investition in die Zukunft von Wipperfürth, denn sie schafft nicht nur ein lebenswertes Umfeld, sondern legt auch den Grundstein für eine gesunde und harmonische Gesellschaft. Für das Jahr 2024 haben wir Mittel in Höhe von 500.000 € vorgesehen, die speziell für Maßnahmen im Bereich Kinder-, Jugend- und Familienförderung eingesetzt werden.

Ein erheblicher Anteil dieser Mittel ist für den Erhalt und Ausbau unserer Spielplätze bestimmt, um die Umsetzung unseres Spielplatzkonzeptes voranzutreiben. Wenn ich mir den Investitionsplan 2024 anschau, gibt es eine weitere größere Investition. Das ist in dem Bereich Brandschutz: Der kürzlich erstellte Brandschutzbedarfsplan hat gezeigt, dass in vielen Bereichen bereits gute Arbeit geleistet wird. In diesem Jahr hatten wir Investitionen in Höhe von ca. 500.000€ für Logistik, Fahrzeuge und Ausrüstung. Dennoch stehen uns im Bereich der Feuerwehr noch einige Hausaufgaben bevor. Um diese anzugehen, planen wir für das Jahr 2024 Investitionen in Höhe von insgesamt 1,1 Millionen €.

Von dieser Summe sind etwa 300.000 € für die Beschaffung neuer Ausrüstung vorgesehen, um sicherzustellen, dass unsere Feuerwehrleute stets bestmöglich ausgestattet sind.

Ein weiterer großer Teil der Investitionen, nämlich 850.000 €, wird für die Beschaffung neuer Fahrzeuge eingesetzt. Ein moderner Fuhrpark ist von entscheidender Bedeutung, um im Ernstfall schnell und effizient handeln zu können. Damit legen wir den Grundstein für eine leistungsfähige Feuerwehr, die den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen ist.

Die größte Herausforderung steht uns jedoch noch bevor. Unsere Feuerwehrhallen entsprechen nicht mehr dem erforderlichen Standard für eine gut funktionierende Feuerwehr. In den kommenden Jahren werden wir Anbauten, Umbauten und Neubauten vornehmen müssen, um optimale Bedingungen für den Einsatz unserer ehrenamtlichen Feuerwehr zu schaffen. An dieser Stelle möchte ich ein herzliches Dankeschön an unsere ehrenamtlichen Feuerwehrleute richten, die Tag und Nacht für die Sicherheit unserer Gemeinschaft im Einsatz sind.

Ein zentrales Thema der Zukunft ist die Stadtentwicklung. Das Stadt- und Dorfentwicklungskonzept „Wipperfürth 2040“ haben wir in diesem Jahr abgeschlossen. Dafür haben wir über 1 Millionen € in die Hand genommen und für das Jahr 2024 sind weitere 2 Millionen € vorgesehen, darin enthalten das ISEK, Regionale Projekt, der ZOB und die Ellers Ecke.

Viele Maßnahmen haben mit großer Bürgerbeteiligung stattgefunden. Allen, die sich in diesen Prozess, der ja rund zwei Jahre gedauert hat, eingebracht haben und Ideen und Wünsche für die Innenstadt und die Kirchdörfer entwickelt haben, danke ich sehr. Stadtentwicklung bedeutet aber nicht nur in die Zukunft zu sehen, sondern Stadtentwicklung beinhaltet auch die Pflege und Instandhaltung unserer Straßen. Unser Bauhof steht vor der Aufgabe, rund 260 Straßenkilometer und etwa 40 Kilometer ausgebaute Radwege zu betreuen - ein bedeutender Beitrag zur Mobilität in unserer Stadt. Im Jahr 2024 haben wir bereits beträchtliche Mittel in Höhe von 8 Millionen Euro für Straßenbaumaßnahmen, Brücken und den Ausbau von Parkplätzen eingeplant. Diese Investitionen sind essenziell, um die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu sichern und den Wirtschaftsstandort unserer Stadt zu erhalten.

In den kommenden Jahren 2025 bis 2027 planen wir eine Summe von 15,5 Millionen Euro für ähnliche Maßnahmen ein. Der Kreisverkehr an der Polizei war sicher eines der größten Projekte in diesem Jahr - mit vielen Auswirkungen auf den Verkehr in der Innenstadt. Die Ampelanlage an einem der verkehrsreichsten Knotenpunkte der Stadt durch einen Kreisverkehr zu ersetzen, ist auch in der Bevölkerung auf breite Zustimmung gestoßen. Die Wipperfürtherinnen und Wipperfürther, der Einzelhandel und die Unternehmen haben die Einschränkungen geduldig mitgetragen und die Bauphase mit vielen kreativen Ideen und Aktionen überbrückt. Das ist nicht selbstverständlich und auch dafür ein großes Dankeschön an Sie alle.

In Rekordzeit und rund drei Monate vor der geplanten Fertigstellung ist der Kreis im Herbst fertig geworden. Die Arbeiten an der Brücke über den Gaulbach werden im Frühjahr nächsten Jahres beendet sein.

Für die gute Zusammenarbeit der Tiefbau-Abteilung mit den ausführenden Unternehmen und die schnelle Umsetzung des Bauvorhabens auch an dieser Stelle nochmal ein herzlicher Dank. Der Umbau der Kreuzung hat sich mehr als gelohnt und entlastet nun spürbar den Verkehr. •

Auch die Beseitigung von den vielen Schäden hier im Stadtgebiet durch die Starkregen- und Hochwasserkatastrophe 2021 beschäftigt uns weiter. Viel ist noch zu tun und es freut mich sehr, dass zumindest die finanzielle Last leichter wird, da wir von der Bezirksregierung Köln eine Förderung in Höhe von rund 5,1 Mio. Euro bekommen. Damit können in den nächsten Jahren 14 Brücken und Durchlassbauwerke wieder instandgesetzt werden. Allerdings stehen wir in diesem Bereich nicht nur vor finanziellen Herausforderungen, sondern auch vor einem spürbaren Fachkräftemangel. Dieser Umstand erfordert von uns zusätzliche Anstrengungen, um qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen und zu halten. Wir werden daher auch verstärkt in die Ausbildung und Qualifikation unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter investieren.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf eine Thematik eingehen, die in der vergangenen Woche in unserer Bürgermeisterkonferenz intensiv diskutiert wurde und die uns zusätzlich vor neue Herausforderungen stellt. Der Vertreter des Landes NRW für interkommunale Zusammenarbeit betonte in seinem Vortrag in der BKO Runde die Relevanz gemeinsamer Anstrengungen angesichts des Fachkräftemangels. Gerade in Zeiten wie diesen ist eine kooperative Zusammenarbeit mit unseren Nachbarkom-

munen von großem Nutzen - Sprich die interkommunale Zusammenarbeit - so die Theorie. Die Realität zeigt sich jedoch als komplexer. Aktuell stehen wir vor der Herausforderung, die Umsatzsteuer 2b umsetzen zu müssen mit erheblichen finanziellen Auswirkungen für Wipperfürth und Hückeswagen im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit.

Dies zwingt uns, gerade beim gemeinsamen Bauhof ernsthaft über die Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts (AÖR) nachzudenken. Eine Überlegung, die verständlicherweise Unsicherheiten und Bedenken bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hervorruft.

Die Sorgen unserer engagierten Kolleginnen und Kollegen sind nachvollziehbar, und ich versichere Ihnen, dass wir uns dieser bewusst sind. Dennoch benötigen wir alle Zeit, um die vielen aufgeworfenen Fragen zu klären und Lösungen zu erarbeiten. Wir sind uns bewusst, dass Veränderungen Unsicherheiten mit sich bringen, und wir sind fest entschlossen, diesen Prozess transparent und gemeinschaftlich zu gestalten. Gemeinsam mit den Stadträten von Hückeswagen und Wipperfürth, den Personalräten und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um diese Herausforderung erfolgreich zu bewältigen.

Der interkommunale Bauhof ist unverzichtbar für die Entwicklung und Pflege unserer beiden Städte. Durch die kooperative Zusammenarbeit sind wir in der Lage, Ressourcen effizient zu nutzen und einen qualitativ hochwertigen Service für unsere Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen. An dieser Stelle möchte ich jedem Einzelnen im Bauhof ein herzliches Dankeschön aussprechen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bauhofs leisten einen unschätzbaren wertvollen Beitrag zur Lebensqualität unserer Städte. Ihr Engagement, ihre Fachkenntnisse und ihre Einsatzbereitschaft verdienen unsere Anerkennung. Sie sorgen dafür, dass unsere Straßen gepflegt sind, dass Grünflächen ansprechend gestaltet werden, dass der Winterdienst und die Infrastruktur funktioniert. Damit der Bauhof auch weiterhin optimal arbeitsfähig bleibt, planen wir für das Jahr 2024 eine Investition von über einer Million Euro. Diese Mittel werden dazu verwendet, die notwendige Ausstattung zu modernisieren, die Infrastruktur zu verbessern und sicherzustellen, dass unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ausreichend Werkzeuge und Ausrüstungen verfügen.

Meine Damen und Herren, die letzte Ratssitzung des Jahres ist auch immer die Zeit, Bilanz zu ziehen und auf das vergangene Jahr zurückzuschauen.

Welche Baumaßnahmen und Projekte gab es? Was haben wir erreicht und was wollen und müssen wir noch auf den Weg bringen oder weiter vorantreiben? Einmal mehr müssen wir als Stadtverwaltung dem weiter andauernden Krisenmodus begegnen und den Anforderungen des normalen Tagesgeschäftes gerecht werden.

Einmal mehr fehlen uns Fachkräfte, besonders in den technischen Bereichen, die wir dringend für die vielen Aufgaben benötigen, die hier in der Stadt anstehen.

Und das bei einem knappen Budget und den vielen Anliegen, die die Bürgerinnen und Bürger, die Politik, die Wirtschaft, der Kreis, das Land, der Bund und viele andere Interessengruppen an uns herantragen.

Umso mehr freuen wir uns, über Maßnahmen und Projekte, die bereits umgesetzt werden konnten. Einige habe ich bereits aufgezählt. Ein gelungenes Projekt ist sicherlich aber auch der Umzug der Stadtbibliothek in neue Räume direkt am Marktplatz und die Gründung des Fördervereins. Über 300 Neuanmeldungen hat es seit dem Umzug gegeben. Auch hier ein Dankeschön an alle, die sich für die Umsetzung des Fördervereins eingesetzt haben und die sich ehrenamtlich für unsere Stadtbibliothek einsetzen.

Besonders freut es mich, dass es gelungen ist, zwei neue Hausärzte für Wipperfürth zu gewinnen. Die Praxis Wigger an der Hochstraße hat gerade Anfang November eröffnet. Damit sind wir bei der ärztlichen Versorgung wieder besser aufgestellt und viele Bürgerinnen und Bürger sind erleichtert, dass sie nun wieder einen Hausarzt haben.

In Sachen Energiewende geht es weiter voran. Im Sommer haben wir ein städtisches Förderprogramm für private Photovoltaikanlagen mit einem Gesamtvolumen von 73.000,- € aufgelegt. Die Nachfrage war groß. Rund 70 Anträge konnten innerhalb kürzester Zeit bewilligt werden. Ein weiteres erfolgreiches Förderprogramm betrifft die Innenstadt. Bisher konnten 26 Ladenlokale mit Hilfe der Fördermittel an neue Mieter vermittelt werden. Die bewilligten Fördermittel in Höhe von 198.000 € wurden komplett genutzt. Zusätzlich wurden rund 30.000 Euro umgeschichtet und für weitere Förderungen eingesetzt werden.

Auch im nächsten Jahr werden wir aus dem Fond „Zukunft Innenstadt“ weitere Fördermittel zur Verfügung haben. Ein schöner Erfolg für die Belebung der Innenstadt. Im Neubaugebiet Reinshagensbusch an der Neye hat die Vermarktung der Grundstücke begonnen. Insgesamt sollen 48 neue Bauplätze entstehen. Die Interessenten werden derzeit kontaktiert und die ersten Notartermine geplant.

Auch sportlich ist es in Wipperfürth. An den Ohler Wiesen haben wir einen neuen Bewegungsparcours eingeweiht. Vielleicht hat der eine oder andere von Ihnen die neuen Geräte ja schon einmal ausprobiert. Und für Besucher ist es nun mit dem neuen Fußgänger- und Parkleitsystem leichter sich in der Stadt zurecht zu finden.

Zahlreiche Veranstaltungen haben in den letzten Monaten viele Besucherinnen und Besucher in die Stadt gelockt.

Das Wanderevent „Bergische 50“ und „Bergische 25“, hat mit über 2.500 Aktiven einen neuen Rekord gebrochen.

Die Feierabendmärkte hatten regen Zulauf und auch mit Musiksommer, Stadtlauf und Stadtfest hatten wir jede Menge Freizeit-Angebote für Groß und Klein in der Stadt. Das sind nur einige Themen und Projekte, die uns in den letzten Monaten begleitet und beschäftigt haben.

Sehr verehrte Damen und Herren, ich stehe heute vor Ihnen, um einen Ausblick für das Jahr 2024 zu geben, aber auch um das Jahr gemeinsam Revue passieren zu las-

sen und meinen Dank an all diejenigen auszusprechen, die Wipperfürth im vergangenen Jahr unterstützt haben.

Ein besonderer Dank gebührt Ihnen, den Mitgliedern des Stadtrates, die mit ihrem Einsatz und Engagement entscheidend zum Wohl unserer Gemeinde beigetragen haben. Ebenso möchte ich meine Wertschätzung meinen stellvertretenden Bürgermeisterinnen und dem stellvertretenden Bürgermeister, Heribert Berster, Regina Billstein und Andrea Münnekehoff, ausdrücken. Ihr ehrenamtliches Engagement ist von unschätzbarem Wert, und ich danke euch sehr für euren großen und manchmal auch kurzfristigen Einsatz.

Ein herzlicher Dank gilt auch unserem äußerst engagierten Team in der Stadtverwaltung. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter setzen sich tagtäglich dafür ein, Wipperfürth zu einem noch lebenswerteren Ort zu gestalten. Jede und jeder Einzelne trägt dazu bei, gute Rahmenbedingungen für unsere Stadt zu schaffen. Ihnen allen möchte ich recht herzlich danken für ihren Einsatz und ihre Professionalität.

Gemeinsam haben wir im vergangenen Jahr Höhen und Tiefen gemeistert. Die Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Stadtrat und engagierten Bürgerinnen und Bürgern hat Wipperfürth weiter vorangebracht. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch im kommenden Jahr gemeinsam viele positive Veränderungen bewirken werden.

Gerne möchte ich an dieser Stelle allen ehrenamtlich Tätigen hier in der Stadt meinen aufrichtigen Dank aussprechen. Wir haben in Wipperfürth ein gutes Netzwerk, das auch in schwierigen Zeiten trägt. Die Menschen achten aufeinander, stehen füreinander ein und tragen viele Projekte und Initiativen mit. Sie setzen Ihre Zeit, Ihr Wissen und Ihre Erfahrung ein, um andere zu unterstützen. Für Ihr Engagement ein großes Dankeschön - das ich auch im Namen von Stadtrat und Verwaltung übermitteln darf.

Für die anstehenden Haushaltsberatungen wünsche ich allen Beteiligten eine gute Mischung aus Optimismus und Realismus für die derzeitige Lage, ehrliche und sachliche Diskussionen sowie konstruktive Gespräche.

Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und besinnliches Jahresende sowie einen erfolgreichen Start in das neue Jahr. Möge 2024 für uns alle ein Jahr des Zusammenhalts und des Wohlbefindens werden. Genießen Sie die Zeit mit Familie und Freunden und denken Sie auch an diejenigen, die es dieses Jahr besonders schwer hatten!

Alles Gute und bleiben Sie gesund!

Ihre Anne Loth

13. Dezember 2023

Redemanuskript des Stadtkämmerers Jens Groll zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2024 in der Ratssitzung am 13.12.2023

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren des Rates,
Kolleginnen und Kollegen,
liebe Gäste hier im Saal und natürlich auch herzliche Willkommensgrüße
an die Zugeschalteten im Live-Stream.

Vielen Dank Frau Loth, für die einleitenden Worte, für eine anschauliche Darstellung der allgemeinen Lage und vor allem für die Klarstellung des Zusammenspiels von finanzieller Handlungsfähigkeit vor Ort, und der damit einhergehenden kommunalen Selbstverwaltung die wiederum die Grundvoraussetzung für ein gesellschaftliches und zukunftsfähiges Gedeihen der Stadt, unserer Stadt darstellt.

Es ist auch verständlich geworden, dass die Rahmenbedingungen aus der aktuellen Lage, in aller Regel global / extern geprägt, sehr schwierig sind und die Absicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit vor einer Zerreißprobe steht. Die Welt droht, aus den Fugen zu geraten, die finanzielle Stabilität und Kalkulierbarkeit auf allen staatlichen Ebenen leider auch!

Angesichts dieser „Schatten“ habe ich mir als Titel für meine Haushaltseinbringungsrede folgenden sicher bekannten Motivationspruch ausgewählt: „Du hast erst verloren, wenn du aufhörst, es zu versuchen.“

Meine Damen und Herren, ja: Es geht um die Sicherstellung unserer städtischen Selbstverwaltung, das selbst bestimmen können, wie sich unsere Stadt entwickeln und welche Angebote oder Leistungen es geben soll, dies natürlich in einem ausgewogenen Verhältnis zwischen dem, was geht und dem, was wünschenswert ist.

Dies, und das wissen Sie alle, geschieht in erster Linie dadurch, dass es gelingt, einen von der Kommunalaufsicht genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen, der möglichst ohne die Fixierung von definierten Haushaltssicherungsmaßnahmen auskommt.

Mein Appell also:

Wir sollten trotz der miesen Ausgangssituation nicht aufhören zu versuchen, einen solchen Haushalt gemeinsam zu erarbeiten.

Die gute Nachricht ist:

Frau Bürgermeisterin Loth und ich legen Ihnen mit diesem Haushaltsentwurf 2024 ein Zahlenwerk vor, welches die Chance hierzu bietet.

Die schlechte Nachricht ist:

Dies ist nur durch einschneidende, schmerzliche Eingriffe auf der Einnahmeseite, durch Streichen, Kürzen, Verschieben auf der Ausgabeseite und durch die vom Land NRW legitimierte vorzeitige Anwendung des neuen Haushaltsrechts gemäß des angekündigten 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetzes möglich, der Haushaltsentwurf ist definitiv „auf Kante genäht“.

An dieser Stelle möchte ich auf das die Gesetzgebung durchlaufende 3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz NRW noch etwas näher eingehen. Es soll im Februar 2024 verkündet und rückwirkend zum 30.12.2023 in Kraft gesetzt werden. Frau Ministerin Scharrenbach hat darauf hingewiesen, dass es möglich ist, die damit verfolgten Erleichterungen für die kommunale Haushaltswirtschaft bereits in der Haushaltsplanung 2024 anzuwenden, wenn die feststellende Beschlussfassung des Haushaltes nach der Gesetzesverkündung erfolgen wird.

Der vorgelegte Haushaltsplanentwurf entspricht diesem öffnenden Vorschlag und ist in Anwendung der mitgeteilten Gesetzesregelungen aus dem Referentenentwurf aufgestellt. Die vorweggenommene Einrechnung des voraussichtlichen Jahresergebnisses 2023 in das städtische Eigenkapital sowie die Vereinfachungen in den gesetzlichen Voraussetzungen zur Haushaltssicherung ermöglichen der Hansestadt nach dem Stand des Referentenentwurfs zum Weiterentwicklungsgesetz das Aufstellen eines Haushaltsentwurfs „ohne“ die Pflicht zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Die feststellende Beschlussfassung zum Haushalt durch den Stadtrat soll im März 2024 und damit nach der Verkündung des Gesetzes erfolgen. So weit so gut!

Nun liegt „ganz frisch“ der offizielle Gesetzentwurf vor (ich bin versucht zu sagen: „Er ist noch warm!“). Dieser Entwurf hat uns „pünktlich“ mit der Fertigstellung und Druckbeauftragung unseres Haushaltsplanentwurfs erreicht („immerhin etwas“).

Unser Zahlenwerk 2024 hatte -wie gesagt- die zur vorherigen Anwendung durchaus empfohlenen Modifizierungen des neuen Haushaltsrechts aus dem bis dato vorliegenden Referentenentwurf zur NKF-Weiterentwicklung berücksichtigt. Hierdurch hatten wir ja gerade den vom Gesetzgeber bezweckten Vorteil erhalten, kein pflichtiges Haushaltssicherungskonzept aufstellen zu müssen. Bei Beibehaltung der angekündigten gesetzlichen Anpassungen wäre das auch kein Problem.

Nur leider enthält der offizielle Gesetzentwurf eine gravierende Änderung zum bisherigen Referentenentwurf des Gesetzes, und diese ist für uns auf den ersten Blick eher suboptimal und deshalb noch eingehender zu bewerten.

Denn die zuvor vorgesehene Streichung des § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW wird nach dem jetzt vorgelegten Gesetzentwurf nicht kommen (die Kenner wissen, dass ich da von der 5 % Erheblichkeitsgrenze für den Verzehr der allgemeinen Rücklage in zwei aufeinanderfolgenden Jahren rede).

Gut ist, dass noch nichts endgültig fixiert ist. Es bestehen bereits Stellungnahmen in eine andere Richtung und auch neue Vorschläge, wie etwa die Erhöhung der 5 % - Schwelle. Außerdem sieht der Gesetzentwurf noch andere Mechanismen vor (insbesondere planerische Verlustvorträge in die Zukunft), die mich durchaus veranlassen zu sagen, dass wir Chancen haben, auch so noch ohne Haushaltssicherungskonzept aus dieser unvorhersehbaren Entwicklung herauszukommen.

Sichere Erkenntnisse werden sich aber leider erst im Laufe unserer Haushaltsplanberatungszeit ergeben können. Viele Fragen liegen dem Städte- und Gemeindebund und dem Städtetag bereits vor, beide werden die Gelegenheit bekommen, nochmals die kommunalen Belange einzubringen. Darüber hinaus ist diese Zeit jetzt leider auch nötig, um die Praxistauglichkeit der Gesetzesinitiative zu durchleuchten.

Insofern ist es meines Erachtens sinnvoll, angemessen und vor allem vertretbar, die Haushaltseinbringung vorzunehmen und im Zuge der weiteren Beratungen die dann zu erwartenden neuen Erkenntnisse einfließen zu lassen.

Es ist schade, dass uns Kommunen diese „gut gemeinte“ Gesetzesinitiative erst so spät im Jahr und zu „bester Haushaltsplanungszeit“ mit solch gravierenden Systemveränderungen erwischt. Ändern lässt sich das allerdings auch nicht. Ich möchte allemal das Beste aus dieser Situation herausholen. Auf jeden Fall möchte ich nicht aufhören, es zu versuchen.

Bevor ich zu den wesentlichen Inhalten und Zahlen des heute zugeleiteten Haushaltsentwurfs komme, erlauben Sie mir bitte, noch auf erhebliche, finanziell negative Veränderungen zum Vorjahreshaushalt 2023 einzugehen; Ich beschränke mich dabei auf die wesentlichen Punkte:

1.

Den außerordentlichen Erträgen aus der als Bilanzierungshilfe isolierten Belastungen infolge der „COVID-19-Pandemie“ und des „Ukraine-Kriegs“ kam in unseren Haushaltsplanungen und Rechnungslegungen seit 2020 bis einschließlich des Haushaltsjahres 2023 eine besondere Bedeutung zu.

Nur diese außerordentlichen Erträge ermöglichten den gesetzlich geforderten Haushaltsausgleich im Planungsjahr 2023 und damit die erfolgreiche Beendigung unseres ab 2021 neu aufgestellten Haushaltssicherungskonzeptes. Ab dem Haushaltsjahr 2024 scheidet, gesetzlich veranlasst, eine weitere „Isolierung“ der Belastungen als außerordentlicher Ertrag aus. Obwohl die Städte noch erhebliche Auswirkungen spüren und Belastungen zu tragen haben, insbesondere aus den anhaltend hohen Preisen und den epochalen Lohn- und Tarifsteigerungen, trifft dieses gesetzgeberische „Einkassieren“ die Kommunen sehr hart. Und zu einer Unzeit, in der zusätzlich die Kreditzinsen wieder erheblich angestiegen sind, die sozialen Ausgaben explodieren und die Versorgung sowie Betreuung von Flüchtlingen gesichert werden muss, ohne hierfür eine vollauskömmliche Finanzausstattung zu erhalten.

Zur Verdeutlichung:

Im Haushaltsplan 2023 hatte die Hansestadt für die Finanzplanungsjahre 2024 bis 2026 noch jeweils rund 5 Mio. €, also insgesamt rund 15 Mio. € an Bilanzierungshilfe berechnet und als Ergebnisverbesserung einkalkuliert. Ein großer Teil dieser Beträge ist jetzt anderweitig zu erwirtschaften.

2.

Die Steuerkraft unserer Hansestadt war im Jahr 2022 ordentlich und wird im Jahr 2023, vor allem gestärkt durch den Gewerbesteuerverlauf, einen sehr hohen Wert haben. Das ist s-per und freut uns alle. Allerdings wird uns dies (und das ist das Entscheidende) „zeitversetzt“ im Finanzausgleich 2024 und teilweise in 2025 einholen. Denn dann stehen die bisher eingerechneten Schlüsselzuweisungen nicht zur Verfügung. Im Jahr 2024 fehlen dann 3,7 Mio. €, die ebenfalls das Ergebnis zusätzlich belasten.

3.

Durch den außergewöhnlich hohen Tarifabschluss fallen zusätzliche Personalkosten von jährlich rd. 1,5 Mio. € an, allein bei den tariflich Beschäftigten. Eine Angleichung an die Beamten steht noch aus. Das ist der berühmte „dicke Schluck aus der Pulle“, ich will sagen, er ist so dick, dass man sich leicht verschlucken kann, zumal ein Groß-

teil der Belastung bei Beibehaltung der Bilanzierungshilfe ab-isoliert hätte werden können und zumindest die Haushaltsausgleichsbetrachtung vereinfacht hätte, wengleich das echte Geld trotzdem fehlt.

Alles in allem wird das Jahres-Ausgangsergebnis im Jahr 2024 allein durch diese drei Sachverhalte um viele Mio. € zusätzlich belastet. Dies hat natürlich die Haushaltsplanaufstellung nochmals sehr erschwert und die notwendigen Schritte bedeutender werden lassen.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zu den wesentlichen, und damit auch angesichts der Zeit, zu ausgesuchten konkreten Zahlen im Einzelnen:

Ich glaube, es ist Ihnen allen klar, dass es aufgrund der geschilderten Ausgangslage derzeit für unsere Hansestadt nicht möglich ist, einen ausgeglichenen Haushalt 2024 mit noch halbwegs verträglichen Maßnahmen aufzustellen. Durch viele Handgriffe ist es aber gelungen, das Defizit deutlich einzugrenzen.

Gesamtaufwendungen von 81,5 Mio. € stehen Gesamterträge in Höhe von 76,6 Mio. € gegenüber. Dementsprechend rechnen wir mit einem Jahresfehlbedarf 2024 von 4,9 Mio. €.

Auch die weiteren Finanzplanungsjahre 2025 bis einschließlich 2027 sind allesamt defizitär. Sie schließen bei rd. 3 Mio. € in 2025 und dann jährlich bei rd. 2 Mio. € Minus ab. Angesichts unseres knappen Eigenkapitals, gegen das die späteren tatsächlichen Jahresergebnisse auszubuchen sind, ist das keine rosige Aussicht.

Hier gilt es, und das unabhängig von den Entwicklungen der finanziellen Ausstattung durch Bund und Land (hier darf man durchaus Forderungen und Wünsche haben es ist ja bald Weihnachten), meine Damen und Herren, hier gilt es, als gemeinsame Arbeit von Politik und Verwaltung, die Aufgaben und Strukturen unseres städtischen Leistungsportfolios hinsichtlich einer finanziellen Sanierung zu analysieren. Ansonsten droht mit dem vollständigen Verzehr des Eigenkapitals die bilanzielle Überschuldung. Das müssen wir, das müssen „Sie“ zu einem der Hauptthemen in der Zukunft machen. Sonst machen es früher oder später die Aufsichtsbehörden.

Mit rd. 58 % Anteil machen die Steuern und ähnlichen Abgaben das wesentliche Stück am Einnahmekuchen aus. In Zahlen sind das rd. 44,8 Mio. €.

Die Hauptsteuereinnahmen und Entwicklungen in den Folgejahren basieren in aller Regel auf den aktuellen Istwerten und bemessen sich im weiteren Verlauf anhand den Steuererwartungen aus den Ihnen bekannten Orientierungsdaten. Die Haushaltsansätze korrelieren also mit den übermittelten Werten aus den Steuerschätzungen des zuständigen Landesministeriums.

Der größte Aufwand entsteht mit rd. 40 % Anteil nach wie vor bei den Transferaufwendungen, mit insgesamt rd. 32,2 Mio. €. Hier sind die Kreisumlage, die Transferleistungen an die freien Träger der Kindertagesstätten sowie die Jugendhilfen die maßgeblichen Aufwandsträger.

Meine Damen und Herren, bei der für unsere Stadt bedeutendsten Steuereinnahme, bei der Gewerbesteuer, werden wir im laufenden Jahr 2023 wohl über 25 Mio. € erhalten. Das ist sehr bemerkenswert und gemessen am erwarteten und sonst üblichen

Aufkommen ein sehr hoher Wert, der neben der Widerstandskraft der heimischen Wirtschaft in den Krisen deutlich in Nachveranlagungen von zuvor herabgesetzten Vorauszahlungen begründet werden kann.

Für die jetzige Planung 2024 - 2027 wurde wieder deutlich restriktiver zunächst ein "Basiswert" in 2024 von 21 Mio. € vorgesehen. Dieser liegt über dem durchschnittlichen Aufkommen der Vorjahre, er ist demnach durchaus optimistisch angesetzt.

Der HH „2023“ hatte noch eine Hebesatzerhöhung bei der Gewerbesteuer in 2024 von 470 auf 490 %-Punkte, ab 2025 dann nochmals auf 500 %-Punkte vorgesehen.

Den Gewerbesteuerhebesatz möchte ich im Jahr 2024 gerne bei 470 %-Punkten unangetastet lassen, muss aber ab dem Jahr 2025 bis einschließlich 2027 eine moderate Erhöhung auf 499 %-Punkte empfehlen. Denn über diese Hebesatzerhöhung wird ein jährlicher Mehrertrag ab 2025 in Höhe von rd. 1,3 Mio. € generiert, der aus jetziger Sicht unerlässlich ist.

Leider ist auch der Grundsteuer-B-Hebesatz anzuheben, wie dies auch schon im Haushaltsplan 2023 bereits vorgesehen war. Um die zwingend notwendige Einnahme von +1,7 Mio. € zur Verhinderung des erneuten Haushaltssicherungskonzeptes zu erzielen, ist der Hebesatz ab 2024 (durchgängig bis einschl. 2027) von 630 auf 860 %-Punkte allerdings „deutlicher“ anzuheben. Dies mag auf den ersten Blick schockierend sein, und glauben Sie mir, es macht mir keinen Spaß! Steuererhöhungen müssen das letzte Mittel sein. Die fehlenden 1,7 Mio. € vermag ich aber nicht über die ohnehin schon sehr ausgereizten Berechnungen, Kürzungen und Gestaltungen hinaus zusätzlich an anderer Stelle einzuplanen.

Ich möchte erwähnen, dass Wipperfürth eine Stadt von vielen ist, die jetzt leider die Grundsteuer B deutlich anheben muss. Das hilft zwar in der Sache nicht, macht es aber vielleicht etwas „verträglicher“. Der Städtetag und der Städte- und Gemeindebund NRW machen diese Flut von Steuererhöhungen beim Land geltend, das wiederum selbst auf die Steuerhoheit der Kommunen verweist. Also die gewohnt missliche Situation!

Ich habe natürlich gerechnet, was das für den Einzelnen bedeuten kann: Aufgrund der erheblichen Erhöhung des Grundsteuer B-Hebesatzes um 230 Prozentpunkte (von 630 v.H. auf 860 v.H.) mit einem dann neuen Gesamtaufkommen von 6,4 Mio. €, wird die durchschnittliche Mehrbelastung voraussichtlich wie folgt aussehen:

- | | | |
|----|---|--------------|
| a) | Einfamilien-Wohneigentum (Eigentumswohnung):
(monatliche durchschnittliche Mehrbelastung 9,50 €) | 115 € / Jahr |
| b) | Einfamilienhaus:
(monatliche durchschnittliche Mehrbelastung 13,75 €) | 165 € / Jahr |
| c) | Zweifamilienhaus:
(monatliche durchschnittliche Mehrbelastung 17,80 €) | 214 € / Jahr |

Über alle privaten Eigentümer hinweg bedeutet dies durchschnittlich eine Mehrbelastung von 177 € / Jahr, monatlich von 14,75 €.

Die Einschätzungen, ob das noch vertretbar ist, werden sehr unterschiedlich sein. Ebenso werden die Erhöhungen im Verhältnis den einen oder anderen mehr oder

weniger belasten. Das ist mir klar. Ich halte die Erhöhung angesichts der Gesamtsituation und der bereits ausgiebig dargestellten Ausgangslage allemal für konsequent, ohne eine echte Alternative letztlich für notwendig an.

Ich bin nicht hier in Wipperfürth angetreten, um als erste Maßnahme mal eben die Steuern zu erhöhen, aber ich muss mich nun einmal den finanziellen und strukturellen Gegebenheiten stellen und Ihnen, meine Damen und Herren des Rates diese schlimmen Nachrichten überbringen. Das gehört auch zu meinem Job.

Unterm Strich bleibt eines aber zum jetzigen Stand festzustellen:

Ohne die planerische Erhöhung der Hebesätze bei der Grundsteuer ab 2024 und bei der Gewerbesteuer ab 2025 wäre ein Vermeiden eines Haushaltssicherungskonzeptes von vornherein nicht möglich gewesen.

Ich komme zur Kreisumlage.

Sie bestimmt sich aus dem allgemeinen Umlagesatz, zuzüglich spezifischer Mehrbelastungen durch die Kreisvolkshochschule und durch das Kreisberufskolleg.

Die vorliegende Modellrechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2024 legt die Umlagegrundlagen 2024 für Wipperfürth mit 35.004.568 € fest. Unter Berücksichtigung dieser neuen Umlagegrundlagen ist mit einer allgemeinen Kreisumlage 2024 in Höhe von rund 13 Mio. €, unter Einbeziehung der spezifischen Mehrbelastungen zur Umlage letztlich mit einer Gesamt-Kreisumlage in Höhe von rund 14 Mio. € zu rechnen.

Durch die mit der Gesetzgebung zur NKF-Weiterentwicklung erlaubte Rückstellungsbildung für künftige Umlageverpflichtungen (hier im JA 2022 und JA 2023) kann die Aufwandsbelastung im Ergebnisplan 2024 auf rd. 12.630.000 € gesenkt werden. Dies trägt zur Schonung des Jahresergebnisses 2024 bei.

Wie sieht es bei den Personalaufwendungen aus, mit insgesamt 18 Mio. € und 22 % Aufwandsanteil an den Gesamtaufwendungen die Nummer 2 in der Aufwandsliga?

Die Personalaufwendungen 2024 steigen zum Vorjahresplan um rd. 893 T€ und im Vergleich zur alten Finanzplanung aus dem Haushaltsplan 2023 für 2024 um 852 T€. Darin enthalten ist rechnerisch die historisch erhebliche Tarifierhöhung mit rd. 11 %, Zulagen aus dem Tarifabschluss des Sozial- und Erziehungsdienstes, Steigerungen durch die Veränderungen im Stellenplan sowie personalrechtlich verbindliche Beförderungen, Höhergruppierungen, Stufenaufstiege und Veränderungen von Stellenanteilen.

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre hat sich ergeben, dass aufgrund zahlreicher Vakanzen in den tatsächlichen Stellenbesetzungen als auch durch langfristige Krankheitsausfälle nicht von dem originären 100 %-Ansatz ausgegangen werden muss, sondern ein bedeutender Betrag nicht anfallen wird. Dieser Abschlag wurde bereits berücksichtigt. Ansonsten wäre mit einem gesamten Mehraufwand zum Vorjahr von 1,5 Mio. € zu rechnen. Auch diese Maßnahme schont das Planergebnis 2024 erheblich, macht es unterm Strich aber auch wahrscheinlicher.

Kann sich unsere Stadt angesichts der finanziellen Situation überhaupt noch entwickeln und wichtige Investitionen vornehmen?

Das ist eine Frage, die drängt sich natürlich auf. Und ich beantworte sie mit:

Ja, wir müssen und wollen investieren!

Stillstand ist Rückschritt.

Eine Stadt ohne Entwicklung ist eine tote Stadt. Oftmals sind wir auch gehalten, aufgrund gesetzlicher Vorgaben schlichtweg handeln zu müssen. Gleiches gilt für die Sanierungs-notwendigkeiten an vielen städtischen Gebäuden. Um die Angebote aufrecht zu erhalten, muss folgerichtig entsprechend investiert werden.

Meine Damen und Herren, ich untertreibe nicht, wenn ich sage: Uns erwartet in den nächsten 10 bis 15 Jahren ein Investitionsmarathon, der „sich gewaschen hat“. Allein die Finanzplanung des jetzigen Haushaltsplanentwurfs 2024 beinhaltet ein Investitionsprogramm jenseits des dreistelligen Millionenbetrages.

Entscheidend werden insbesondere die Umsetzungszeitpunkte anhand der Prioritäten und rechtlichen Notwendigkeiten, die Finanzierungsformen, die faktische Verfügbarkeit von Ressourcen und die Bereitschaft zur weiteren Verschuldung sein. Denn die Investitionen sind trotz eines mittlerweile implementierten Fördergeldmanagements zu guten Teilen mit städtischen Finanzierungen zu bedienen.

„Der“ Investitionsschwerpunkt liegt mit absolutem Abstand beim Neuaufbau der Schul-landschaft. Dann folgen (irgendwann, aber immer noch mit erheblichen Beträgen) der Straßen- und Kanalbau sowie die Stadtentwicklung, vor allem mit Grundstückserwerben und deren Erschließungen.

Wenngleich es sich bei vielen Maßnahmen um mehrjährige Projekte handelt und deren Fertigstellung noch manche Jahre dauern wird, so ist bereits darauf hinzuweisen, dass die neu geschaffenen Wirtschaftsgüter über deren Nutzungsdauer die dann künftigen Haushalte über die Abschreibungen belasten werden und die Abschreibungen zu erwirtschaften sind.

Darüber hinaus bedeuten die Finanzierungen, sofern sie am Kapitalmarkt erfolgen, eine entsprechend steigende Verschuldung. Hieraus resultieren zusätzliche Zinsrisiken durch die Aufnahme von Fremdkapital. Auch diese sind in künftigen Jahren dann zu erwirtschaften.

Wie schnell der Zinsmarkt reagieren kann und wie volatil er sein kann, haben wir in den letzten Jahren eindrucksvoll erleben können. Vor wenigen Jahren waren Investitionskredite zu sehr geringen Zinssätzen gen Null zu bekommen, jetzt liegen wir bereits um die 4 %.

Gleiches gilt für die Finanzierung des laufenden Geschäfts. Für die sogenannten Kassenkredite gab es vor wenigen Jahren sogar Guthabenzinsen, heute liegen die Zinssätze auch hier bei 4 %.

Diese Zinsentwicklungen, vor allem im laufenden Geschäft, bekommen wir bereits im Haushalt 2024 deutlich zu spüren. Die Zinsaufwendungen sind deutlich höher zu planen. Die Zinsen im Kassenkreditgeschäft haben sich im Vergleich zum Planansatz des Vorjahres 2023 nahezu verdoppelt und sind mit 1,6 Mio. € kalkuliert.

Hier wird deutlich, dass die zunächst verschobene Altschuldenlösung für die Hansestadt eine wirkliche Hilfe wäre. (Das ist dann noch so ein Wunsch)

Die Forderung der kommunalen Interessenverbände auf Umsetzung der Altschuldenlösung ist deshalb sehr zu unterstützen. Ebenso grundsätzlich der erneute diesbezügliche